MICHAEL GOTTSCHALK / PHOTOTHEK.NET

Gentechnisch veränderte Maispflanzen

Landwirtschaft

Kanzleramt stoppt Hendricks

Beim Thema Genmais fährt die Bundesregierung gegenüber der EU einen Schlingerkurs.

Die Bundesregierung verwirrt Europa mit ihrer unklaren Haltung zum Thema Genmais. Das Bundeskanzleramt stoppte vergangene Woche ein Schreiben von Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) an 13 EU-Umweltminister. In dem Papier hatte Hendricks ihre EU-Kollegen aufgefordert, bei der Kommission auf ein Zulassungsverbot von drei gentechnisch veränderten Maissorten hinzuwirken. Zunächst hatte nur Luxemburg bei der Kommission interveniert. Grundsätzlich hat sich bereits mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten gegen den Anbau ausgesprochen. Hendricks wollte nun die Genmaiskritiker in Europa zusammenrufen. Innerhalb der Bundesregierung stemmt sich das Umweltministerium seit Jahren gegen eine Genmaiszulassung, während die unionsgeführten Ministerien Forschung und Landwirtschaft sowie das Kanzleramt dafür sind. Bei EU-Abstimmungen hat sich Deutschland deshalb bisher enthalten. Hendricks: „Die grüne Gentechnik auf den Feldern ist mit unabsehbaren Folgen für die Umwelt verbunden. Ich halte es für falsch, dass Deutschland sich immer wieder auf europäischer Ebene bei Abstimmungen enthalten muss, weil die Gentechnikbefürworter in der Union am Ende stets die Überhand haben.“ Wann die Kommission eine Entscheidung trifft, ist unklar. red

Immobilien

Preistreiber Bund

Stolze 1,4 Milliarden Euro erzielte der Bund in dieser Legislaturperiode durch den Verkauf von Immobilien. Fast die Hälfte der rund 7000 veräußerten Wohnungen gingen dabei gegen Höchstpreis an private Investoren. Nur in acht Fällen verkaufte die Bundesanstalt für Immobilien (Bima) Liegenschaften verbilligt an Kommunen, um 359 Sozialwohnungen zu schaffen. Das geht aus einer Antwort des Finanzministeriums auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion hervor. „Mit seiner Liegenschaftspolitik spielt der Bund eine unrühmliche Rolle als Preistreiber bei Grundstücken und Mieten“, sagt Caren Lay, wohnungspolitische Sprecherin der Linken. Besonders prekär sei das für den angespannten Wohnungsmarkt in der Hauptstadt. Obwohl sich das Land Berlin um einen verbilligten Kauf von 4816 Bima-Wohnungen bemühte, suchte der Bund lange Zeit nach Privatinvestoren. Vor wenigen Tagen entschied er sich dann, die Wohnungen vorerst im eigenen Besitz zu halten. Den Verkauf einer ehemaligen Militärliegenschaft in Berlin-Kreuzberg an einen Investor hatte der Bundesrat im Jahr 2015 gestoppt, damit der Bund diese dem Land Berlin für Sozialwohnungen überträgt. Bis heute ist der Kaufvertrag aber nicht rückabgewickelt. was

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel